

**DIENSTAG**

**Lernen fürs Leben**

SCHAAN: Junge Leute können die Chance wahrnehmen und sich für die 17. Internationale Berufsweltmeisterschaft anmelden. Diese findet vom 18. bis 25. Juni 2002 in St. Gallen statt. Rund 40 Länder aus Europa, Asien, Amerika, Ozeanien und Afrika werden an den Berufsweltmeisterschaften teilnehmen. Bereits im Jahre 1997 wurde das liechtensteinische Team Mannschaftssieger in St. Gallen. Seite 3

**Ein akustisches Landschaftsbild**



SCHAAN: «Hluun-Hluur-Tu» kommen aus Tuva, einer autonomen Republik im Südosten der russischen Föderation, im Norden liegt Sibirien, im Süden die Mongolei, eine Steppenlandschaft, die von Bergen, Wüsten und den Wäldern der Taiga umrahmt wird. Seite 9

**Vorbereitung läuft**

FUSSBALL: Die Vorbereitung auf das Duell der Fussballzweige hat begonnen: Nachdem Liechtensteins Nationalteam im Hotel Kikuo-ka Golf Club Quartier bezog, bat Ralf Loose bereits zu einer ersten Trainingseinheit, um seinem Team auf das freundschaftliche Länderspiel gegen Luxemburg in Hesperingen am Mittwoch den letzten Feinschliff zu geben. Seite 15

**Fluchtbunker im eigenen Haus**



KINO: Die erste Nacht im neuen Haus hatten sich Mag Altman und ihre Tochter Sarah ganz sicher anders vorgestellt. Aber drei Einbrecher sorgen dafür, dass die beiden einen realen, am Ende auch blutigen Albtraum bis Tagesanbruch durchleben müssen. Seite 22

# Zukunftsfonds vor Verabschiedung

Gesetz über die Bildung eines Zukunftsfonds morgen zum zweiten Mal im Landtag

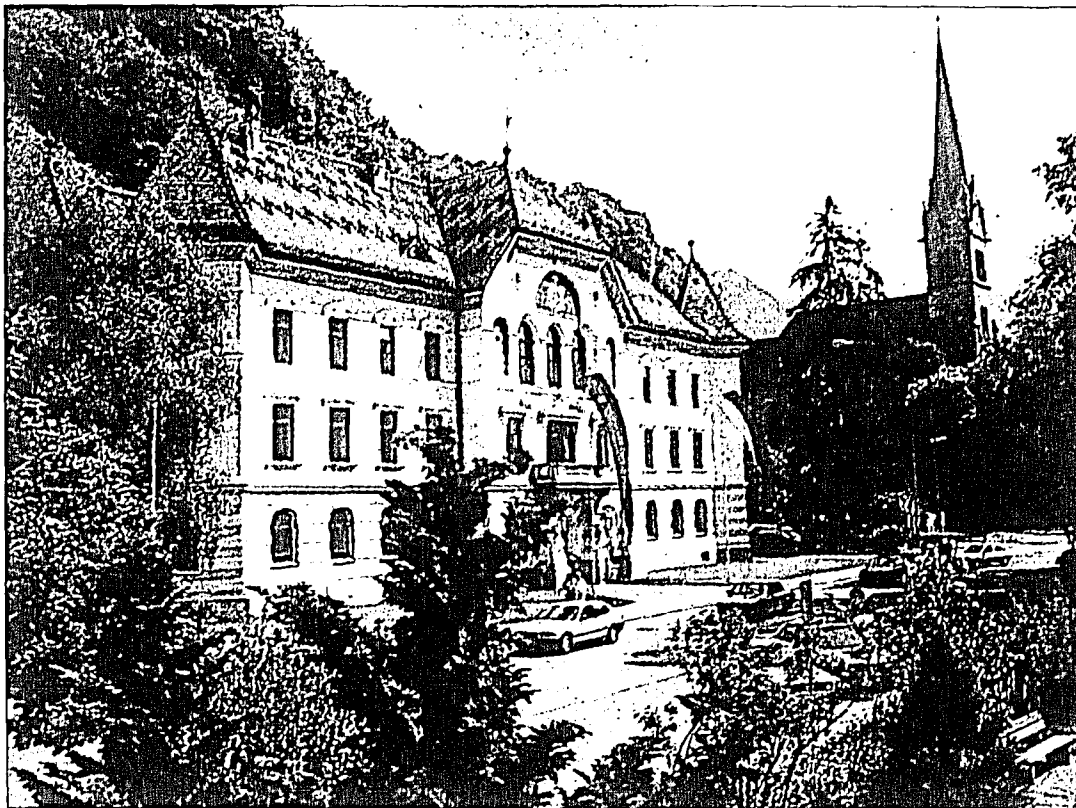
Auch in Zeiten eines angespannten Staatshaushaltes soll es möglich sein, zukunftsgerichtete Projekte zur nachhaltigen Entwicklung finanzieren zu können. Zu diesem Zweck soll ein Zukunftsfonds errichtet werden. Die überarbeitete Vorlage soll morgen im Landtag verabschiedet werden.

Martin Frommelt

Dem Fonds sollen laut Regierung die heutigen «Reserven für Zukunftsaufgaben» zugewiesen werden. Diese heute rund 600 Millionen Franken stammen grösstenteils aus dem Verkauf von LLB-Aktien. In der Landtagssitzung vom November 2001 wurden zur Gesetzesvorlage vor allem seitens der Opposition verschiedene Fragen aufgeworfen. Aufgrund dieser Anregungen hat die Regierung nun auf die zweite Lesung hin in einem ergänzenden Bericht Stellung bezogen und die Vorlage in einigen Punkten abgeändert.

**Finanzhoheit gewahrt**

Verschiedene Abgeordnete erblickten in der Vorlage eine Einschränkung der Finanzho-



Morgen wird sich der Landtag unter anderem mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Schaffung eines Zukunftsfonds befassen. (Archivbild)

heit des Landtages. Dies trifft jedoch nicht zu. Dem Landtag stehen laut Regierungsbericht auch nach Errichtung eines Zukunftsfonds alle bisherigen Kompetenzen in der Finanzhoheit zu: «Er entscheidet über Projekte oder neue Aufgaben und deren Nachhaltigkeit. Ihm

steht die Kompetenz zu, über die Art der Finanzierung der Ausgaben im Rahmen des Voranschlags oder der Landesrechnung zu beschliessen. Damit ist sichergestellt, dass auch die Grundsätze des Finanzleibildes weiterhin beachtet werden und der Voranschlag an den festgelegten Eckwerten und Messgrössen beurteilt werden kann.»

**Äufnung geändert**

Im wesentlichen wurde die Vorlage aufgrund der Voten im Landtag in zwei Punkten nachgebessert, nämlich bei den Be-

stimmungen hinsichtlich der Äufnung sowie der Voraussetzungen für die Mittelverwendung.

In der ursprünglichen Version zur Äufnung war lediglich von der Zuweisung der Nettoerträge aus der Anlage der Mittel des Zukunftsfonds die Rede. Konsequenterweise wäre aber auch der Fall eines Verlustes aus der Mittelbewirtschaftung zu regeln. Dies würde jedoch zur Kürzung der Reserveposition führen und wäre finanztechnisch schwierig zu lösen. Aus diesem Grunde wurde die Bestimmung nun derart geändert, dass der Landtag im Rahmen der Genehmigung der Landesrechnung dem Zukunftsfonds per Finanzbeschluss weitere Mittel aus dem Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung zuweisen kann.

**Mittelverwendung**

Die Bedingungen für die Inanspruchnahme der Mittel des Zukunftsfonds wurden teilweise umformuliert. Der Grundsatz des restriktiven Rückgriffs wurde dabei jedoch nicht vernachlässigt. In erster Linie ist weiterhin anzustreben, dass Staatsausgaben aus den bestehenden Finanzquellen gedeckt werden können.

## Swiss-Sitz in Basel

BJ verbietet Doppelsitz

BASEL: Die Schweizer Airline swiss darf nur einen Hauptsitz haben und hat sich für Basel entschieden. Das Bundesamt für Justiz habe den angestrebten Doppelsitz abgelehnt, teilte swiss am Montagabend mit. Die Airline werde unter «Swiss International Air Lines» ins Handelsregister eingetragen. Damit soll ein weiterer Rechtsstreit umgangen werden.

Mit dem ursprünglich geplanten Doppelunternehmenssitz der swiss in Basel und in Zürich wird nach dem Entscheid des Bundesamts für Justiz nichts. Das Gesuch der Crossair AG um Eintragung in den Handelsregistern von Basel-Stadt und Zürich sei abgelehnt worden, weil das Unternehmen die Kriterien für eine solche Lösung nicht erfülle, hiess es in der Mitteilung. Die Gesellschaft behalte ihren Sitz deshalb weiterhin in Basel. Zudem habe der Verwaltungsrat entschieden, dass die Firma unter dem Namen «Swiss International Air Lines Ltd.» in das Handelsregister eingetragen werde und nicht wie ursprünglich vorgesehen mit «Swiss Air Lines Ltd.». Der Verwaltungsrat sei zwar weiterhin von der Rechtmässigkeit der ersten Ver-

sion überzeugt. Es solle aber verhindert werden, dass bei einem allfälligen gerichtlichen Verfahren über den neuen Auftritt unnötigerweise Mittel gebunden würden und das Bild des Unternehmens leide. Der Zusatz «International» verdeutliche zudem die globale Tätigkeit von swiss. Am grundsätzlichen Marktauftritt unter dem Begriff swiss ändere sich nichts.

Eine Klage der Swissair-Gruppe, wonach vorsorgliche Massnahmen für ein Verbot des Marktauftritts unter dem Zeichen swiss und des Gebrauchs der Firma «Swiss Air Lines Ltd.» einzuleiten seien, hatte das Zürcher Handelsgericht Anfang März abgelehnt. Eine Schadenersatzklage der SAirGroup gegen die Crossair AG ist aber weiterhin möglich.

**Name «gilt» ab Juli**

Dem Wechsel des Firmennamens müssen die Crossair-Aktionäre an der kommenden Generalversammlung vom 13. Mai zustimmen. Bei Gutheissung würde der neue Name ab dem 1. Juli gelten. Der Name wird gemäss Mitteilung während der nächsten Wochen in den visuellen Auftritt fliessen und auch auf allen Flugzeugen angebracht werden.

## Mehr als 100 Tote

Flugzeugunglück in Südkorea



Hilfskräfte inmitten der rauchenden Trümmer. 54 Menschen konnten aus dem Inferno gerettet werden. (Bild: Keystone)

KIMHAE: Bei Regen und dichtem Nebel ist am Montag in Südkorea ein chinesisches Passagierflugzeug mit 166 Menschen an Bord gegen einen Berg geprallt.

Die meisten der Insassen kamen ums Leben, 54 Überlebende wurden nach Polizeiangaben geborgen. Die aus Peking kommende Boeing 767 der Air China stürzte beim Landeanflug auf den Kimhae-Flughafen nahe der Hafenstadt Busan ab. Wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldete, waren elf chinesische Besatzungsmitglieder sowie 135 Koreaner, 19 chinesische und ein usbekischer Pas-

sagier an Bord. Die Absturzstelle befindet sich auf einem Berg in der Nähe eines Wohngebiets. Dort kam nach Polizeiangaben niemand ums Leben. Am Absturzort bot sich den Einsatzkräften ein Bild der Verwüstung. Nach dem ersten Aufprall schob sich das Flugzeug weiter Richtung Gipfel und hinterliess eine 30 Meter breite und 100 Meter lange Schneise gefällter Bäume. Brennende Trümmer lagen im Umkreis von 300 Metern verstreut. Regen und schlechte Zufahrtswege behinderten die Rettungsarbeiten. Hunderte Polizisten, Soldaten und Freiwillige waren im Einsatz. Letzte Seite

## Nur mehr neun «Steuerparadiese»

PARIS: Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat mit der Pazifik-Insel Niue einen weiteren Zwergstaat von ihrer schwarzen Liste der Steuerparadiese gestrichen. Die Einwohner von Niue haben einen neuseeländischen Pass. Liechtenstein bleibt aber auch weiterhin auf der ominösen Liste

Mit dem am Montag in Paris bekanntgegebenen Schritt umfasst die Liste erstmals weniger als zehn Staaten: Monaco, Liechtenstein und Andorra in Europa, Liberia, die Marshall-Inseln, Nauru, Panama, Samoa und Vanuatu. Im Juni 2000 hatte es noch 35 Staaten auf der schwarzen Liste gegeben.

Niue habe zugesagt, beim Kampf gegen ungerechte Steuerpraktiken mitzuwirken, erklärte die OECD. Spätestens bis Ende 2005 werde das Land den OECD-Staaten die erforderlichen Steuerauskünfte geben.

Das winzige Pazifik-Eiland werde daher nun nicht länger auf der Liste der Gebiete geführt, die wegen mangelnder Zusammenarbeit mit der Organisation angeprangert werden.